

Danziger Zeitung.

Nr. 18279.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepflastete gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 8. Mai. (Privatelegramm.) Eine Kabeldepesche aus Montreal meldet: Bei der Feuerbrunst in Longpoint fehlten Wasser und Spritzen. Auch sieben Schwestern sind verbrannt. Verkohlte Leichen werden fortwährend aus den Trümmern gezogen. 25 Irre, welche sich aneinander geklammert hatten, verbrannten unter fortwährendem Geschrei.

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. Mai.

Caprivi im Herrenhause.

Wie sich gestern herausgestellt hat, hatten die Mitglieder des Herrenhauses in der That keine Ursache, von dem bisherigen Richterschein des Herrn v. Caprivi unangenehm berührt zu sein. Wie im Abgeordnetenhaus Herr v. Caprivi den Tag der Staatsberathung benutzte, um sich dem Hause vorzustellen, so hat er dieselbe Rücksicht dem Herrenhause gegenüber beobachtet, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, auf seine Erklärungen vor der Tagesordnung in der Debatte über den Etat, die nach der Geschäftsordnung ein Abstreifen auf andere Gebiete erleichtert, zu antworten. Freilich zeichnet sich die Ansprache Caprivi (vergl. den Wortlaut derselben hinten im Parlamentsbericht) an das Herrenhaus vor denjenigen im Abgeordnetenhaus durch äußerste Kürze und dadurch aus, daß sie eigentliche politische Momente garnicht enthält. Ueberdies fiel es auf, daß Herr v. Caprivi, der im Abgeordnetenhaus eine außerordentlich freundliche und entgegenkommende Haltung einnahm, gestern dem Herrenhause gegenüber eine ernste und zurückhaltende Haltung beobachtete. Goveit Mitglieder des Hauses auf die Ansprache reagirten, beschäftigten sie sich von dem einen Polen abgesepen, der das Verhältniß der Polen zur preußischen Regierung zur Sprache brachte, weniger mit der künftigen Politik des Herrn v. Caprivi, als mit der bisherigen Politik des Fürsten Bismarck. Die beuglich Rundgebung des Generalberichterstatters v. Pfeil brachte die Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Reich und Preußen zur vollen Geltung.

Im Herrenhause scheint man im übrigen über die Geschichte der letzten Monate noch nicht im Reinen zu sein, da Herr v. Pfeil die Sache so darstellte, als ob das Steuerruder des Staatschiffes den „müden Händen“ des Fürsten Bismarck nach fast 30-jähriger Thätigkeit „entfallen“ sei. Man weiß ja, daß selbst Fürst Bismarck über diesen Punkt ganz anders denkt. Die Rede des Grafen Hohenholz, der ebenso wie Herr v. Pfeil Vertreter des alten befestigten Grundbesitzes ist, ging sogar über die Anerkennung der Verdienste des Fürsten Bismarck noch erheblich hinaus, indem er den Versuch machte, die Nichterneuerung des Sozialistengesetzes als ein gefährliches Wagnis zu bekämpfen und die Verantwortlichkeit für das Wegfallen des Gesetzes auf die konstitutionellen Parteien zu schieben. Davon würde man doch nur sprechen können, wenn der jetzige Reichstag eine auf die Verlängerung oder Erneuerung des Sozialistengesetzes gerichtete Vorlage abgelehnt hätte. Jedenfalls verräth die Rede des Grafen Hohenholz eine gewisse Neigung zur Opposition gegen den neuen Ministerpräsidenten und dessen Politik, wie denn übrigens auch Herr v. Pfeil als den eigentlichen Nachfolger des Fürsten Bismarck nicht Herrn v. Caprivi, sondern den Kaiser dargestellt hatte. Der Sache nach angemessener und in der Form tadeloser war ohne Zweifel die Erklärung, mit welcher am Schlusse der gestrigen Sitzung des Reichstages anlässlich der Mitteilung von der Ernennung Capravis Präsident v. Leebow „der unsterblichen Verdienste des Fürsten Bismarck, des ersten deutschen Reichskanzlers“ gedachte. Um so auffälliger muß es auch jetzt noch erscheinen, daß allein das preußische Abgeordnetenhaus die Gelegenheit unbenuzt gelassen hat, dem früheren Reichskanzler ein Wort des Dankes und der Anerkennung zu widmen. Graf Hohenholz meinte bezeichnend, daß das Herrenhaus durch die Rede seines Generalberichterstatters einen Vorsprung vor dem „anderen Hause“, wie die Herren das Abgeordnetenhaus zu nennen pflegen, gewonnen habe.

Die Erörterungen über die Frage der Reform der direkten Steuern in der gestrigen Sitzung des Herrenhauses haben zwar zu einem praktischen Ergebniß nicht geführt, da schließlich die Resolution der Staatscommission, welche die Einkommensteuerreform noch in dieser Session verlangte, abgelehnt worden ist. Tatsächlich aber haben alle Redner sich dafür ausgesprochen, daß mit der Reform der Einkommensteuer, wie im vorigen Jahre beabsichtigt war, begonnen werde. Auch Finanzminister v. Scholz schien nicht abgeneigt, auf diesen Weg zurückzukehren, stellte aber, was im Hinblick auf die Thronrede im J. 1889 einigermaßen überraschend erscheinen muß, in Abrede, daß die Reform der Einkommensteuer in einer Entlastung der minder Wohlhabenden führen solle.

Wenn man nun auch aus dem Auftreten des neuen Reichskanzlers im Herrenhause über dessen politische Absichten etwas Näheres nicht erfahren hat, so wird doch diese Ungewissheit am längsten gedauert haben. In wenig Tagen wird für ihn, wenn die Initiativanträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten im Reichstage zur Berathung kommen, Veranlassung zur Aufklärung überzeugen vorhanden sein.

Das Arbeitspensum des Reichstags.

Der Seniorencorvent des Reichstags wird demnächst, wie man annimmt, unter Beihilfe der Präsidenten zusammenentreten, um über die Vertretung der einzelnen Parteien des Hauses an den Commissionen und über die weiteren geschäftlichen Dispositionen Beschlüsse zu fassen. Anschließend wird beabsichtigt, am Montag den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts zu berathen, demnächst die Novelle zur Gewerbeordnung und dann die Militärvorlage. Die Verhandlungen über den Arbeiterschutz werden voraussichtlich sehr umfangreich werden, so daß die Befürchtung besteht, die Session werde sich bis tief in den Sommer hineinziehen. In diesem Falle würde eine Verzögung des Reichstags bis in den Herbst in Frage kommen.

Über die freisinnigen Anträge im Reichstage schreibt unser Berliner Correspontent: „Die freisinnige Partei hat sich mit Rücksicht auf den Wunsch, die Arbeiten der Session nicht übermäßig zu verlängern, mit der Einbringung von Resolutionen begnügt, bei deren Berathung, namentlich insoweit sie sich auf die Zoll- und Steuropolitik beziehen, die einzelnen Parteien Stellung nehmen müssen. Es hat freilich auch im Schoße dieser Partei nicht an Stimmen gefehlt, welche die Einbringung eines Gesekentwurfs namentlich bezüglich der Ermäßigung der Getreidezölle von 5 auf 3 Mk. befürwortet haben. Indessen haben die erwähnten taktischen Rücksichten schließlich die Oberhand gewonnen. Damit ist freilich nicht ausgeschlossen, daß auch von dieser Seite der sozialdemokratische Gesekentwurf auf Aufhebung der Lebensmittel-Zölle in der Berathung unterstützt wird.“

Inzwischen hat die freisinnige Partei auch eine Reihe von Interpellationen eingebrocht, und zwar folgende:

1. Den Reichskanzler um Angabe der Gründe für die Aufrechterhaltung des Passwanges an der elsfassischen Grenze zu erläutern.
2. Den Reichskanzler zur Erklärung darüber zu veranlassen, ob er gewillt sei, den im Juli v. J. gehündigen deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag zu erneuern.
3. Mit Rücksicht auf den Fall Boshart den Reichskanzler um Auskunft darüber zu erläutern, wie weit die Vorarbeiten für eine Reform des Strafvollzugs gediehen seien.
4. Die Regierung zur Einsetzung eines Gerichtshofes bzw. Verwaltungsgerichtshofes zur Entscheidung in Zollstreitigkeiten aufzufordern.

Gleichzeitig hat mit Unterstützung freisinniger Abgeordneter (Richter ic.) die Volkspartei des Reichstages den Antrag eingebrocht, die Reichsregierung aufzufordern, in der nächsten Session einen Gesekentwurf betreffend die Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie im aktiven Heere vorzulegen.

Die Chancen der Militär-Vorlage.

In Reichstagsskreisen ist, wie die „Lib. Corr.“ schreibt, nur eine Stimme darüber, daß die Begründung zur Militärvorlage den gerechtsamesten Anforderungen des Hauses in keiner Weise entspricht, daß dieselbe nicht ausreicht. Mehrforderungen in dem jetzigen Umfange zu rechtfertigen. Die Annahme der Vorlage in ihrem jetzigen Umfange ist ausgeschlossen.

Der Umfang der weiblichen Nachtarbeit.

Die dem Reichstage vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung spricht beharrlich das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nachtzeit aus. Ueber den Umfang der weiblichen Nachtarbeit sind in Preußen im Jahre 1884 Erhebungen ange stellt worden. Danach ist der einzige Fabrikationszweig, in welchem eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit für Arbeiterinnen allgemein vorkommt, die Rübenufersfabrikation. In 236 Betrieben dieser Industrie waren 1884 in Preußen 6500 Arbeiterinnen beschäftigt. Außerdem kam die regelmäßige Nachtarbeit von Arbeiterinnen in Preußen bei 15 Eisenhütten, 10 Zinkhütten und 4 Cementfabriken Oberschlesiens mit insgesamt 671 Arbeiterinnen vor. Auf den oberschlesischen Berg- und Hüttenwerken wurden im Jahre 1886 11 683 weibliche Arbeiter beschäftigt, davon 3858 bei den Steinkohlen- und 2620 bei den Erzbergwerken. Auf den letzteren haben die Arbeiterinnen regelmäßige Tag- und Nachtshiften, die von Woche zu Woche wechseln. Auf den Steinkohlenbergwerken findet keine regelmäßige Frauennachtarbeit statt, wohl aber zeitweise bei starker Förderung und an den zwei Schichten des Monats. Nach den Erhebungen vom Jahre 1884 kam ferner regelmäßige Nachtbeschäftigung der Arbeiterinnen in Preußen vor:

Bei einzelnen Briquettenfabriken, bei Glashütten, bei Papierfabriken, bei Kunststofffabriken, bei Zeitungdruckereien, bei Wollwäsche- und Rämmereien, Rammgarnspinnereien, Webereien, Netz- und Teppichfabriken, Zuckerraffinerien, Stärke-, Tücher- und Krautfabriken, chemischen Fabriken, Holzleidereien, Delmühlen, Dampfseigleien, Alteisenfabriken und Spiegelmanufakturen. Einige Chocolade- und Zuckerwarenfabriken, Schirm- und Teppichfabriken hatten in der Saison vollständige Tag- und Nachtarbeit. Auch in der Textilindustrie gab es viele Betriebe, welche in der Saison die Arbeiterinnen zur Nachtarbeit heranzogen.

Alle diese Betriebsarten würden von dem Verbot der Beschäftigung der Arbeiterinnen während der Nachtzeit betroffen werden. Allerdings hat, trotzdem im Jahre 1884 in ganz Deutschland über 13 000 Arbeiterinnen während der Nacht beschäftigt wurden, abgesehen von der Rübenufersfabrikation und Montanindustrie Oberschlesiens, diese Nachtarbeit für die Industrie eine erhebliche Bedeutung nicht genommen. Auch scheint es nach den der Novelle zur Gewerbeordnung beigegebenen Motiven, als würde der Bundesrat gerade die

Rübenufersfabrikation als einen Fabrikationszweig ansehen, für welchen er von seiner Ausnahmefreiheit eventuell Gebrauch machen würde, weil die Beschäftigung von Arbeiterinnen in diesen Fabriken leicht und für weibliche Hände geeignet ist und nach dem Urtheil sämtlicher Behörden auch fittlich unbedenklich erscheint.

Enquête bezüglich der Sachsgängerei.

Die königliche Regierung zu Breslau hat in Bezug auf die Sachsgängerei in ihrem Bezirksbereich Ermittlungen angeordnet, um den Umfang der in diesem Jahre nach Westen gewanderten ländlichen Arbeitermassen festzustellen. Nach diesen Anordnungen soll sich die Ermittlung nicht bloß auf die Zahl der männlichen und weiblichen Sachsgänger des laufenden Jahres, sondern auch auf diejenigen Arbeiter des Vorjahrs ausdehnen, welche im vergangenen Winter für ihre Person oder mit ihren Familienangehörigen der öffentlichen Armenpflege zur Last gefallen sind. Außerdem soll sich die Enquête noch auf die Ermittlung der während des diesjährigen Sommers in den einzelnen Gemeindebezirken zur thatfächlichen Zahlung kommenden Durchschnittslohnsumsätze für ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen erstrecken. „Es wird“, bemerkt dazu die „Conservative Correspondenz“, „angenommen werden dürfen, daß dieses Vorgehen der Breslauer Behörde nicht vereinzelt dasteht, sondern daß auch in den übrigen von der Sachsgängerei berührten Regierungsbezirken gleiche Ermittlungen ange stellt sind, damit auf diese Weise Material gewonnen werde, auf Grund dessen dann dem vielbesprochenen Nothstande von maßgebender Seite näher getreten werden wird.“

Aenderung im Secundärbahnreglement.

Dem Bernehmen der „Pol. Nachr.“ zufolge finden gegenwärtig Erwagungen darüber statt, ob es nicht angebracht ist, der im Laufe der Jahre eingetretenen Junahme von Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung mit zum Theil erheblicher Längenausdehnung und stetig wachsendem Verkehr angezeigt erscheint, die Förderung von Personenzügen mit erheblicher Geschwindigkeit, als sie der § 27 der Bahnoordnung für deutsche Eisenbahnen – 30 Kilometer in der Stunde vorschreibt, zuzulassen. Zugleich werden auch Vorschläge wegen Abänderung verschiedener Bestimmungen des Bahnpolizeireglements, der Signalordnung und der Normen für Bau und Ausrüstung erwogen. Bei der eingehenden Prüfung, welche diese Vorschläge unterworfen werden müssen, dürfte jedenfalls längere Zeit vergehen, ehe eine Entscheidung in dieser Richtung möglich sein wird. Da indessen in Bezug auf die Personenförderung auf einzelnen untergeordneten Bahnen das Bedürfnis einer größeren Geschwindigkeit, als sie jetzt zulässig ist, sich immer dringender herausgestellt hat, so soll es in der Absicht liegen, für diese Bahnen eine Geschwindigkeit bis zu 40 Kilometer in der Stunde zu zulassen, falls in Bezug auf die Beschaffenheit des Bahnhörpers, die Ausrüstung des Betriebsmaterials &c. die Sicherheit geboten wird, daß eine Gefährdung des Verkehrs nicht zu befürchten ist.

Casati in deutschen Diensten.

Aus Rom erhält die „Nat.-Ztg.“ eine Meldung, wonach die neuliche Mitteilung, daß Casati in den deutschen Colonialdienst eingetreten ist, unrichtig sein soll. Verschiedene Glaubten hätten ihm vergeblich Anerbietungen gemacht, Casati werde in den italienischen Colonialdienst eintreten und eine höhere Stellung in der Consulta annehmen. Demgegenüber erklärt jedoch die „Nat.-Ztg.“ selbst, die Mitteilung mit aller Bestimmtheit aufrecht erhalten zu können mit dem Hinzufügen, daß Casati das Anerbieten Italiens, eine Stellung in Massaua anzunehmen, abgelehnt und es vorgegen hat, in denjenigen Theil Afrikas zurückzukehren, in dem er bekannt ist und viele Jahre gewirkt hat. Da er hat Casati, wie sein Freund Emin Pascha, das Anerbieten des Reichs-Commissars Wissmann angenommen und sich verpflichtet, als Chef in die deutsche Colonialtruppe einzutreten. Zuvor allerdings hat er einen dreimonatlichen Urlaub angetreten, um seine Heimat und seine Angehörigen – er ist aus oder bei Mailand gebürtig – nach elfjähriger Abwesenheit wiederzusehen. Auf der Heimreise hat Casati in Aden Station gemacht, um seinen afrikanischen Gefährten Ceci, welcher jetzt italienischer Consul dafelbst ist, zu besuchen. Von da begab er sich zunächst nach Cairo, um seine und auch Emin Paschas Gehalts- und Pensionsansprüche mit der ägyptischen Regierung zu ordnen. Emin Pascha hatte, als er in deutsche Dienste trat und den auf etwa zwei Jahre berechneten Zug in das Innere unternahm, seinem Freunde die Regelung dieser Angelegenheit überlassen.

Der Prozeß Panizza.

Die Anklageschrift im Prozeß gegen den bulgarischen Verschwörer Panizza ist den Angeklagten bereits zugegangen. Dieselbe stellt angeblich fest, daß die russische Gesandtschaft in Bukarest seit dem Jahre 1888 an dem Sturze des Fürsten Ferdinand und seiner Regierung gearbeitet habe. Viele Documente, Briefe und Telegramme, welche die Anklageschrift beigeschlossen sind, deuten auf die Thätigkeit des Geheimrathes Jinowiew, Chefs des östlichen Departements im Ministerium des Außenfern in Petersburg, und des Bukarester Gesandten Jinowow hin und thun die Mitschuld Jinowows, Lutschianows, Jacobjohns, Kalupkows und vieler anderer Russen und Bulgaren dar. Nach der Anklageschrift hätte Russland seine Zustimmung zu dieser Verschwörung gegeben.

Große Summen seien von Russland nach Sofia geschickt worden, um Abgeordnete und andere einflußreiche Bulgaren zu bestechen. Aus den mit Beschlag belegten chiffrirten Correspondenzen soll hervorgehen, daß General Demantowitsch seitens Russlands bestimmt wurde, nach dem Sturze des Fürsten nach Bulgarien zu gehen und die Regierung zu übernehmen; Russland wollte drei Candidaten für den bulgarischen Thron nennen, darunter einen Slaven.

Heute ging uns zu dem Prozeß noch folgende Meldung zu:

Gosia, 8. Mai. (Privatelegramm.) Alle renommierten Advocaten haben die Vertheidigung Panizas abgelehnt. Derselbe bleibt deshalb ohne Vertheidiger.

Die Silbervorlage in der Union.

Wie aus Washington von gestern telegraphisch gemeldet wird, hat der republikanische Ausschuß des Senats zur Berathung der Silberfrage beschlossen, in der demnächst abzuhaltenen besonderen Sitzung der beiden Häuser die vom Finanzausschuß empfohlene Silbervorlage mit verschiedenen Amendements vorzulegen, von denen eins die Bestimmung beseitigt, nach welcher die für den Ankauf von Silberbarren (Bullion) ausgegebenen Noten vernichtet werden sollen, und das Schatzamt anweist, die Noten wieder auszugeben, vorausgesetzt, daß der ausstehende Betrag den für die deponierten Barren gezahlten Preis nicht übersteige.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 7. Mai.

Berathung des Antrages Grimm u. Gen. (nat.-lib.) auf Vorlegung eines Gesekentwurfs befußt Umgestaltung der Gemeindeverfassung der Städte Wiesbaden und Homburg v. d. H.

Abg. Grimm (nat.-lib.) begründet den Antrag mit einem Hinweis auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Gemeindeverfassung.

Minister Herrfurth sagt eine wohlwollende Berücksichtigung des Antrages zu. Er müßt jedoch vorher den hessen-nassauischen Provinziallandtag gutachthalten.

Abg. Tahensly (Centr.) erkennt ein Bedürfnis an, hält es aber nicht für dringend.

Abg. Heinrichs hat das Bedürfnis für sehr dringend. Abg. Wirth (frei.) erkennt das Bedürfnis an, lehnt aber den vorgelegten Antrag ab, weil derselbe nicht die Sicherheit gewährleistet, daß die Vorlage auch den Bürgern der betreffenden Städte entspreche.

Der Antrag Grimm wird gegen die Stimmen des Centrums und der Freisinnigen angenommen.

Es folgt der Commissionsbericht über die Petition zweier landwirtschaftlichen Kreisvereine betr. Bevölkerung des Contractbruches des Gesindes und ländlicher Arbeiter.

Die Commission beantragt: mit Rücksicht darauf, daß diese Frage bereits der Regierung zur Beschlussfassung vorliege, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Rittert beantragt einfachen Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Wessel beantragt Zurückverweisung an die um 7 Mitglieder zu verstärkende Justiz-Commission.

Abg. Rittert: Ich würde mit dem Antrag Wessel einverstanden sein, wenn ich wüßte, daß er durchgeführt. Ich halte es für einen Fehler, daß die Commission in einer Frage, welche die öffentliche Discussion beherrscht, sich lediglich aus formalen Gründen, ohne die Sache eingehend zu erörtern, für die motivierte Tagesordnung erklärt. Da steht die ganze Lust mit „social-politischen“ Gesichtspunkten erfüllt ist, so möchte ich auch diese Petition von solchen Gesichtspunkten aus beleuchten. Das Abgeordnetenhaus hat die Pflicht, in dieser brennenden Frage positiv seine Meinung zu sagen. Wir sind zu einer materiellen Discussion bereit. Wir wollen die Petition der hannoverschen und kurhessischen landwirtschaftlichen Vereine zurückweisen. Es ist richtig, daß die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse keineswegs günstig sind; namentlich wie im Osten haben darüber zu klagen; wir bedauern das. Wer ist zum großen Theil schuld? Das sind die Folgen der Thaten von 1885, der Ausweisungspolitik, die wir Ihnen vorausgesagt haben. Jetzt ist die Schranke zwischen zwei Ländern, die auf gegenseitigen Verkehren angewiesen, noch erhöht, und das verwundet uns mehr als die, die man schädigen wollte. (Sehr richtig! links.) Früher hatte man kein Recht für unsere Gegenverstrebungen. Es ist lebhaft zu bedauern, daß die Bemühungen unserer landwirtschaftlichen Centralvereine bei dem früheren Reichskanzler ohne Erfolg gewesen. Sie würden unseren Landwirten im Osten mehr helfen, wenn Sie sich mit uns vereinigen zu einer Vorstellung an die Staatsregierung, die Grenzen wieder zu öffnen. Hier sind wir dazu competent. Die Folgen jener Ausweisungspolitik werden sich, wenn nicht Abhilfe geschieht, in Zukunft noch mehr verschärfen. Welche Vortheile haben wir von jener angeblichen „nationalen“ Politik gehabt? Man hat damals allerdings gesagt, wir seien zu einfach, um den Fürsten Bismarck schnell zu begreifen.

klärt, nur die Gesetzgebung könne helfen, während die Commission mit vollem Recht darauf hingewiesen hat, daß solche Gesetze schon vorhanden, daß sie aber tote Buchstaben sind. Wonach sie rufen, haben sie schon. Sie wissen es garnicht. Sogar Gefängnisstrafen können sie beantragen. Sollte der Antrag Wessel auf nochmalige Erörterung durchgehen, dann werden wir in der Commission beantragen, die Staatsregierung aufzufordern, zu untersuchen, ob nicht im gegnerischen Sinne der Petenten eine Revision der bestehenden Gesetze notwendig ist. (Sehr richtig! links.) Das wäre eine der socialpolitischen Zeit entsprechende Handlung. Statt dessen will man noch gar hinausgehen über die Gesetze, die wir haben. Das kann man sich nur erklären entweder aus Unkenntniß der Herren über die bestehenden Gesetze, oder aus einer maflosen Begierde nach criminellen Strafen. Wir leben in einer Zeit, in welcher die Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verkündet ist. Der Weg zum Frieden ist nur dadurch möglich, daß die volle Gleichberechtigung von beiden Seiten anerkannt wird; nur auf diesem Boden ist die Veröhnung und Versöhnung ausführbar, die alle Parteien von Herzen wünschen. Die Gewerbe-Ordnung von 1845 hatte Contractbruchbestrafung, sie war bis 1888 in Geltung. Das Gesetz von 1884 mit seinen Strafen, welches jetzt noch gilt, was hat es gemacht? Nichts! Es ist Buchstabe geblieben. Fragen möchte ich die Vertreter der Staatsregierung, welcher Art sind die Ermittelungen gewesen, die man gemacht hat; zu welchem Resultat haben sie geführt? Es wäre dringend erwünscht, wenn uns über dieses Material eine Mitteilung gemacht würde, schon im Interesse der Beurtheilung der öffentlichen Meinung. Wir verwerfen die criminelle Bestrafung des Contractbruchs aus juristischen, aus politischen und — um das Wort wieder zu gebrauchen — aus socialpolitischen Rücksichten. Es ist kein Weg zum Frieden; es ist ein nutzloses lediglich schädigendes Mittel, ein drakonisches Gesetz, welches nichts fruchtet, sondern nur Erbitterung schafft in weiteren Kreisen. Welch' ein Interesse hat denn die Landwirtschaft daran? Selbst in conservativen Kreisen verbreitet sich die Ansicht, daß mit solchen Mitteln nicht zu helfen ist. In einer Versammlung des westpreußischen Centralvereins hat der conservative Abg. Conrad-Flotow, auch sich dahin erklärt, daß die Contractbruchbestrafung für die Landwirtschaft einen Vortheil nicht bringen würde. Selbst Herr v. Puttkamer hat solche polizeilichen Maßregeln nicht empfohlen. Es ist ein eigenhümlicher Zustand, daß 24 Stunden nachdem der deutsche Kaiser mit einer einen ganz anderen Geist atmenden Thronrede gestern die deutsche Volksverehrung eröffnet hat, wir uns damit abplagen müssen, solche alten, verbliebenen Abschauungen zu widerlegen. Hoffentlich wird sich wenigstens kein Vertheidiger für die criminelle Bestrafung des Contractbruchs finden. In einer Zeit, wo vom Throne herab wie von unten heraus ein anderer Hauch weht, wo die Regierungen sogar auf das Socialistengesetz verzichtet haben, da ist kein Raum mehr für solche Forderungen. Die Tage, in denen man mit dem Polizeistock und mit Ausnahmegesetzen die Arbeiterschaft zu überwinden unternahm, sind unverlierbarlich vorüber. Legen Sie die Petition einfach zu den Akten, aber, wenn Sie sie nochmals reißlich erörtern wollen, dann nehmen Sie den Antrag an, die Regierung zu erläutern, daß aus den bisherigen Gesetzen das, was an allem Plunder aus früheren Zeiten noch darin vorhanden, ausgemerzt werde. Das ist die einzige Antwort, die wir auf diese Petition geben können. (Lebhafte Beifall)

Abg. v. Erffa (cons.) sieht keinen Zusammenhang zwischen der gestrigen Thronrede und dieser Petition. Die Gleichberechtigung der Arbeiter und Arbeitgeber ist ein schöner Grundsatz; aber jetzt sind die Arbeitgeber beim Contractbruch gegen die Arbeiter im Nachteil.

Abg. Wessel (freicons.): Wenn die Klagen in Hannover und Hessen-Nassau schon so laut sind, wie schlecht müssen dann die Dinge erst in den östlichen Provinzen stehen! Die Thronrede selbst wende sich gegen die Schikotiotheit der jugendlichen Arbeiter. Und gerade die unverheiratheten jugendlichen Arbeiter neigen sich am meisten zum Contractbruch. Deshalb müsse sich auch das Haus für energische Maßregeln dagegen erklären.

Abg. Simon v. Bastrow (cons.) empfiehlt den Antrag der Commission.

Abg. Barth (freicons.) stimmt dem Antrag Wessel zu. In Hannover und Hessen, wo die Petitionen herkommen, beständen schon sehr schwere Strafen für den Contractbruch, als in den anderen Provinzen. Deshalb müsse die ganze Frage nochmals in der Commission erörtert werden.

Abg. Conrad-Flotow (cons.): bemerkt, daß der landwirtschaftliche Centralverein Westpreußens in einer Resolution das Verlangen gestellt habe, daß die ländlichen Arbeiter ein Zeugnis der Ortspolizeibehörde dafür beibringen sollten, daß sie ihr früheres Arbeitsverhältnis in legaler Weise gelöst haben, und daß Maßregeln gegen die Arbeitgeber veranlaßt würden, welche contractbrüchige Arbeiter annehmen. Solche Maßregeln wären vielleicht besser als Strafbestimmungen.

Abg. Gattler (nat.-lib.): Wenn man die Arbeitgeber wegen Contractbruchs bestrafen will, kann man auch die Arbeitgeber wegen bestellten Vergehens bestrafen. Darauf wird der Antrag der Commission mit großer Mehrheit angenommen.

Die Petitionen verschiedener Lehrer wegen gesetzlicher Regelung der Pensionatsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen werden noch dem Antrage der Unterrichtskommission der Regierung wiederholt bringt zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition einer großen Anzahl von Directoren, Rectoren, Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen höheren Mädchenschulen wünscht, daß das Abgeordnetenhaus dahin wirke, daß die Unterrichtsverwaltung diejenigen öffentlichen höheren Mädchenschulen bezeichne, welche als höhere Lehranstalten zu gelten haben, und daß auf die so bezeichneten Schulen die gesetzlichen Bestimmungen über Pensionierung und Rentenversorgung für Lehrer an höheren Lehranstalten, auf die übrigen öffentlichen höheren Mädchenschulen die entsprechenden Bestimmungen für Lehrer an Elementarschulen Anwendung finden. Nach dem Antrage der Unterrichtskommission beschließt das Haus, die Petition der Regierung als Material für die Unterrichtsgesetzgebung zu überweisen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Herrenhaus.

11. Sitzung vom 7. Mai.

Bor der Tagesordnung ergreift das Wort Reichskanzler v. Caprivi: Ich betrete die Räume dieses hohen Hauses zum ersten Male, um mich Ihnen vorzustellen und mir Ihr wohlwollendes Entgegenkommen zu erbitten. Wenn ich recht sehe, ist der wesentliche und charakteristischste Zug dieses Hauses die traditionelle Liebe und Hingabe zu Preußen und zu unserem Königlichen Hause. Es wird, wenn ein General vor Sie tritt, mehrerer Worte nicht bedürfen, um Ihnen die Überzeugung zu geben, daß er sich auf diesem Boden leicht zurechtfinden und in diesen Empfindungen sich mit Ihnen eins wissen und fühlen wird. (Beifall)

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Staats. Die Commission beantragt die Annahme des Staats und des Staatsgesetzes, sowie folgende Resolutionen, an die Regierung das Erlassen zu richten: 1) dem Landtag alsbald den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Reform der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer vorzulegen; 2) Maßnahmen zu treffen, daß das Staatsgebet dem Herrenhause spätestens am 15. März jedes Jahres zugestellt werde.

Über die Verhandlungen der Commission referirt Herr v. Puel. In seinem Referat gedenkt der Vortragende der unsterblichen Verdienste des bisherigen Reichskanzlers Fürsten Bismarck, für den die Bewunderung und Dankbarkeit im Herrenhause nie erlöschene Wunsche. (Beifall)

Graf Hohenlohe feiert ebenfalls den Fürsten Bismarck

und spricht sich hoffnungsvoll in Bezug auf die Politik der Regierung aus, bedauert jedoch, daß das Socialisten-gefecht aushören solle.

Graf Mielgynski beschwert sich über das seit einigen Jahren verfolgte System der Unterdrückung und Vernichtung der polnischen Nationalität, ein System, welches, von den russischen Behörden in den östlichen Provinzen gegen die dortigen Deutschen ausgeübt, allen Deutschen des deutschen Reiches aufs schärfste verurtheilt werde.

Die Resolution, welche möglichst schnell die Vorlage einer Reform der Klassen- und Einkommensteuer fordert, wird mit großer Majorität abgelehnt.

Beim Staat der Eisenbahnverwaltung verwendet sich Graf Udo zu Stolberg für die Einführung einer Normalzeit unter Acceptirung des Meridiants von Stolberg.

Minister v. Gosler: Die Jonenzeit ist erst eine Abart der Weltzeit, sie ist eingeführt in Nordamerika und hat dort zu größtem Verwirrung geführt. Für Preußen und Deutschland ist die Sache einfacher, weil die Differenz nur etwa eine Stunde und 10 Minuten beträgt. Trotzdem wird auf die Ortszeit nicht verzichtet werden können. Alle Interessenten werden darüber erst zu hören sein, namentlich auch die landwirtschaftlichen. Die Frage ist also Gegenstand erster Verberatung.

Minister v. Maybach: Ich habe als Eisenbahnminister den lebhaften Wunsch, den bisherigen Zustand, in dem wir mit allen möglichen Zeiten rechnen müssen, zu verlassen. Es wird aber eine Änderung nur zu erreichen sein, wenn die Normalzeit bei der Post und Telegraphie, sowie möglichst weit im bürgerlichen Leben eingeführt wird. Wie weit dies möglich sein wird, unterliegt, wie gesagt, z. B. der Erwägung.

Graf Mirbach bittet um baldige Inangriffnahme des Baues der Bahn Lüttich-Stalupönen.

Graf Udo zu Stolberg bittet den Minister, endlich die Ausführung der für Ostpreußen im Gebiet der ostpreußischen Südbahn nothwendigen Secundärbahnen ohne Rücksicht auf die erwähnte Privatbahn in Angriff zu nehmen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

* Berlin, 7. Mai. Der Kaiser beim Verlesen der Thronrede wird in einem Artikel der "Bresl. Ztg." wie folgt geschildert: Der Kaiser sieht sehr gut aus. Sein Gesicht ist sonnenverbrannt, wie kaum ein anderes in der zahlreichen Versammlung war, und noch um einige Sterne dunkler, als das des Prinzen Heinrich, der rechts vom Monarchen neben dem Throne stand. Wie Kaiser Wilhelm I. es hat, bedeckt Wilhelm II. vor dem Beginn der Verlesung der Thronrede, die er aus der Hand des Reichskanzlers entgegennahm, das Haupt. Dann las er mit lauter, deutlicher Stimme. Das Organ des Kaisers ist nicht ein besonders volles, gesättigtes, wenn man es vergleicht mit den als vorzugsweise schön bekannten Organen unserer berühmtesten Sprechkünstler, dazu hat es einen hellen Grundton; aber es gibt kräftig an, und eine musterhaft deutliche Aussprache erfordert mehr als reichlich den etwas Mangel an Tiefe und Vollklang. Der Monarch hat von seiner kaiserlichen Mutter, der er im übrigen außerordentlich ähnlich sieht, nicht das englische labiale r geerbt; er spricht ein guturales r, das aber durch starke Vibration energisch ausgebildet ist. Man merkt, daß der Kaiser vor großen Truppenkörpern gelernt hat, sich weitlich vernünftig zu machen. Mehr noch als die rein sprachliche Deutlichkeit fällt bei dem Kaiser die ausdrucksvolle Betonung einzelner Worte und Sprechbewegungen vortheilhaft ins Gewicht. Das erreicht den Anschein innerster Anteilnahme des vorlesenden Monarchen an dem, was er liest. Man fühlt es unweideutig heraus, daß der Kaiser von dem Inhalt der Thronrede und der Fassung ihrer Gedanken genau unterrichtet ist; man fühlt auch, daß er sie nicht so verlesen würde, wie er sie verliest, wenn er nicht mit jedem Satze vollkommen einverstanden wäre. Dadurch wirkt die Thronrede im Munde des Monarchen wie alles, was aus der Überzeugung heraus geboren ist: man versingt und nimmt in sich auf jedes Wort, und Alles prägt sich fest, fest, als wenn man das Gefühl haben müßte, es werde hier nur einer vorgefertigten Form genügt. Der Kaiser hatte während der Verlesung die Linke auf den Amaul des Kürassiersabels gestützt; in der Rechten hielt er die Thronrede, deren Text auf die beiden Innenseiten eines Papierbogens so vertheilt war, daß ein Umläppchen nicht nötig wurde. Mit außerst starker Betonung und mit gehobener Stimme las der Kaiser die Stelle, die davon handelt, daß er und seine hohen Verbündeten berufen und willens seien, jedem Versuche, an der Reichsordnung gewaltsam zu rütteln, mit unbegamer Entschlossenheit entgegenzutreten. Das starke Hervortreten dieses Gedankens erschien im Zusammenhang mit der Thatsoche, daß auf das Socialisten-gesetz nunmehr endgültig verzichtet zu werden scheint, verständlich.

Hier wird also klipp und klar behauptet, daß Fürst Bismarck tatsächlich "Intriguier" zum Opfer gefallen sei, was bisher in diesem Blatte nur angedeutet worden ist. Nun aber auch heraus mit Beweisen! Sonst ist dieses Beginnen, die Geschichte des Rücktritts des Reichskanzlers in dieser Weise zu falschen, wahrhaft unverantwortlich. Am Schlusse droht schließlich bedauerlicherweise das Blatt, sein bisheriges Verfahren auf diesem Gebiete fortzusetzen, indem es sagt:

Unser Wahlspruch ist das bekannte Wort: "Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn du greifst, so greife fest!" Die "Kön. Ztg." wird diese Festigkeit nicht an uns vermissen.

Da darf man noch auf manche Überraschungen gefaßt sein, die zu allem auszuschlagen können, nur nicht zu Gunsten erhöhter Würde des Einflussers von Friedrichsruh.

Braunschweig, 7. Mai. Der Regent hat dem Comité für Errichtung eines Bismarck-Denkmales 1000 Mark überwiesen.

München, 7. Mai. Der Minister des Auswärtigen, v. Graatsheim, und der Minister des Innern, v. Feilitzsch, begeben sich am 11. Mai nach Berlin.

Mining Engineers" zum Besuch der nordamerikanischen Industriebezirke angenommen. Über 100 Personen werden an der Fahrt über den atlantischen Ocean teilnehmen. Die amerikanischen Fachgenossen waren bekanntlich im vorigen Jahre Gäste der rheinisch-westfälischen Industriellen.

* [Die "Conservative Correspondenz"] begrüßt es mit Genugthuung, daß „jetzt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, nach Lösung ihrer offiziösen Beziehung, erklärt, „in Zukunft in dauernder Fühlung und Verständigung mit der conservativen Partei und deren parlamentarischen Organisationen sein zu wollen, die Deutsch-conservativen in ihrer Arbeit für Gott, Kaiser und Vaterland auf Grundlage des Programms von 1876 zu unterstützen und zu fördern.“ Sie fügt jedoch hinzu:

Wir bemerken schließlich, um einem weiteren Umsturz der Mirkverständnisse, die seither schon zu Tage getreten sind, vorzubeugen, wiederholte, daß das einzige direct der Parteileitung unterstehende und von ihr inspirierte, mit einem Wort das einzige partei-offiziöse Organ der Deutsch-conservativen nach wie vor die „Conservative Correspondenz“ bleibt.

Mit der offiziösen Herrlichkeit der "Nordd. Allg. Ztg." ist es also auf alle Fälle vorbei; sie ist nicht einmal mehr parteioffiziös.

* [Die Abtheilungen des Reichstages] haben sich constituiert. Zu Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt. 1. Abtheilung: Dr. Lieber (Centr.), Schrader (freis.), 2. Windthorst (Centrum), Leemann (nat.-lib.), 3. v. Bennigsen (nat.-lib.), Graf Holstein (Reichsp.), 4. Bamberger (freis.), v. Wrisberg (cons.), 5. Achermann (cons.), Freiherr v. Wendt (Centrum), 6. Rickert (freis.), Frhr. v. Buol (Centr.), 7. Fürst Radziwill (Pole), Graf Behr (Reichsp.).

* [Der Gesetzentwurf über die Ergänzung der Gebührenordnung] für Zeugen und Sachverständige, der dem Reichstage vorliegt, lautet:

Art. 1. Dem § 14 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 wird folgender dritte Absatz hinzugefügt: Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Personen des Soldatenstandes entsprechende Anwendung.

Art. 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

* [Eine Idee.] Die "Kön. Ztg." phantasirt wieder über Vorgänge im Schooße der deutschfreisinnigen Partei, welche mit dem wahren Verlauf der Dinge im schärfsten Gegensatz stehen. Die "Abn. Ztg." ist von der sogen. Idee einer Diktatur Eugen Richters innerhalb der deutschfreisinnigen Partei so captiviert, daß sie alle Vorgänge nur unter dem Eindruck dieses Wahns betrachtet. Ihre neueste Eindbildung besteht darin, daß der von freisinnigen Blättern in Aussicht genommene Vorschlag, Häm zu 2. Vicepräsidenten des Reichstages zu machen, wie sie sich ausdrückt, die Zustimmung seines Freundes Richter nicht gefunden habe. Mr. Richter hat vielmehr den Landrat des Kreises Sonneberg, Dr. Baumhahn, für die Stelle des 2. Vicepräsidenten bestimmt. Die Wahrheit ist, bemerkt dazu mit Recht das "B. Ztg.", daß Häm die Übernahme der für ihn in Aussicht genommenen Verantwortung von vornherein abgelehnt hat, weil ihn seine persönlichen Verhältnisse hindern, in einer solchen Stellung den Verhandlungen des Reichstages beizuhören, wie er dieselbe für das Amt eines Vicepräsidenten nothwendig erachtet.

* [Das Gebahren des "Hamburger Nachr."] wird immer eigentümlicher. Auf die Mahnung der "Kön. Ztg.", den Fürsten Bismarck doch nicht zur Figur des kaltgestellten, misvergnügten Staatsmannes zusammenzurumpfen zu lassen, antwortet das Hamburger Organ in einer längeren Ausführung, die mit den Worten beginnt:

Die "Abn. Ztg." drückt unsere neulichen Mittheilungen über die Intrigen, die zur Entlassung des Fürsten Bismarck geführt haben, wörtlich ab, um uns dann fernere Publicationen in einem autoritativen Tone zu verbieten, wie er unter gleichberechtigten und gleichgestellten Organen nicht üblich ist.

Hier wird also klipp und klar behauptet, daß Fürst Bismarck tatsächlich "Intriguier" zum Opfer gefallen sei, was bisher in diesem Blatte nur angedeutet worden ist. Nun aber auch heraus mit Beweisen! Sonst ist dieses Beginnen, die Geschichte des Rücktritts des Reichskanzlers in dieser Weise zu falschen, wahrhaft unverantwortlich. Am Schlusse droht schließlich bedauerlicherweise das Blatt, sein bisheriges Verfahren auf diesem Gebiete fortzusetzen, indem es sagt:

Unser Wahlspruch ist das bekannte Wort: "Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn du greifst, so greife fest!" Die "Kön. Ztg." wird diese Festigkeit nicht an uns vermissen.

Da darf man noch auf manche Überraschungen gefaßt sein, die zu allem auszuschlagen können, nur nicht zu Gunsten erhöhter Würde des Einflussers von Friedrichsruh.

Braunschweig, 7. Mai. Der Regent hat dem Comité für Errichtung eines Bismarck-Denkmales 1000 Mark überwiesen.

Destreich-Ungarn.

Wien, 7. Mai. [Abgeordnetenhaus.] In Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten wegen der Concursausschreibung einzelner Richterstellen ohne die Bedingung der Kenntnis der böhmischen Sprache erklärte der Justizminister, daß hierbei genau nach den bestehenden Vorurtheilen vorgegangen worden sei; er werde, da ihm die Bekämpfung zustehe, nach genauer Prüfung der Sachlage entscheiden, ob die Kenntnis der böhmischen Sprache nach den Sprachverhältnissen der Bevölkerung und nach den praktischen Anforderungen der Rechtspflege nothwendig sei; hiernach werde er pflichtgemäß vor gehen.

(W. T.)

Frankreich.

Paris, 7. Mai. Das Decret über die Befugnisse des Generalstabes und seines Chefs, sowie die Ernennung Miribels zum Chef des Generalstabes werden heute durch das amtliche Blatt veröffentlicht.

Paris, 7. Mai. Tigrane Pascha und Palmer teilten der französischen Regierung mit, daß Ägypten die französischen Bedingungen betreffe der Conversion der ägyptischen Schulden annehmen. Das hierauf bezügliche Decret werde unverzüglich vorbereitet.

(W. T.)

England.

London, 7. Mai. Nach einer "Reuters Bureau" zugegangenen Meldung sind die englischen Unterthanen in Alwa unter den Schutz Wiphanns gestellt.

(W. T.)

Zur Arbeiterbewegung.

(Wolfsche Depeschen) Hamburg, 7. Mai. Auf den hiesigen Schiffswerften dauernd der Streik fort. Die Werftarbeiter hatten sich verpflichtet, von dem am 1. Mai ausgebüßten Arbeitern nur 30 proc. wieder einzustellen. Diejenigen Arbeiter, welche am 1. Mai nicht gestört haben, arbeiten auf allen Werften.

Hamburg, 7. Mai. Die hiesigen Maurer haben heute die Arbeit niedergelegt. Der Fachverein derselben hat eine Aufrufserklärung erlassen, die Zugang fremder Arbeiter auf die streikende zu hindern. 1700 Zimmerleute stricken hier ebenfalls. 28 Arbeitgeber haben 140 Zimmerleute eine neunstündige Arbeitszeit mit 65 Pf. Stundenlohn bewilligt.

Hirschberg, 7. Mai. Seit heute früh haben fast sämmtliche Maurer die Arbeit eingestellt; dieselben verlangen Lohnerhöhung und achtstündige Arbeitszeit.

Paris, 7. Mai. Gestern Abend kam es in Höhe zwischen einer Patrouille und streikenden Arbeitern zu einem Handgemenge. Zwei Arbeiter wurden dabei verwundet, sieben verhaftet.

einer Petition an den Magistrat, in welcher nochmals um eine Aenderung des Wasser-Regulativs erucht wird. Der Verein sucht in dieser Petition nachzuweisen, daß die Befürchtung, es werde bei einer Berechnung nur nach Wassermessern den Mietern der Gebrauch des Wassers verhüllt werden, ungerechtfertigt sei, und weist darauf hin, daß gegenwärtig der Wohnungswechsel vielfach nicht mehr mit der Zeitzeit zusammenfällt, daher der Termin der Abmeldung einer leer stehenden Wohnung nicht immer inne gehalten werden kann. Schließlich wurde mitgetheilt, daß es gelungen sei, einen Rechtsanwalt zu gewinnen, welcher gegen ein aus Vereinsmitteln zu zahlendes Honorar den Mitgliedern mündlich Rath in allen Fragen des Grundbesitzes und Mietrechtes ertheilt.

* [Vorschußverein.] In der gestrigen Generalversammlung theilte der stellvertretende Vorsitzende des Aussichtsraths Herr Leibig mit, daß am 13. und 14. April der Verbandsrevisor Dr. Pohl aus Königsberg eine Revision der Geschäftsführung vorgenommen habe. Ferner wurde über den Provinzial-Berndtag, welcher bekanntlich am 4. und 5. Juli in Danzig abgehalten werden soll, Mittheilung gemacht. Aus dem von Hrn. Rendanen Elsner erststattenen Geschäftsbericht pro erstes Quartal 1890 entnehmen wir, daß das Vermögen des Vereins Ende März 307 155 Mk. befragt hat und somit gegen das entsprechende Quartal des Vorjahrs eine Vermehrung von 17 773 Mk. aufweist. Das Depotskonto betrug 938 136 Mk. (gegen 917 193 Mk. Ende Dezember); der Wechselseitbetrag 1 168 382 Mk. ist mithin um 43 619 Mk. gewachsen. Die laufenden Credits haben sich von 69 550 Mk. auf 54 200 Mk. vermindert.

* [Unbekannter Irrsinnige.] Wir werden um Veröffentlichung folgender Beileger erucht: Seit dem 18. Okt. 1888 befindet sich in der hiesigen städtischen Irrenstation eine anscheinend dem Arbeiterklasse und polnischer Nationalität angehörige unbekannte geisteskrank Frau. Dieselbe ist minderjährige Statur, etwa 60 Jahre alt und vollständig apathisch. Wer über die Persönlichkeit der Frau Aufschluß geben kann, wolle davon dem hiesigen Magistrat Mittheilung machen.

* [Diakonissen-Krankenhaus.] Am nächsten Dienstag Nachmittag 5 Uhr feiert das hiesige Diakonissenhaus die Eröffnung von 10 Schwestern. Der für das Haus wichtige Tag soll durch eine Festpredigt des Herrn Militärbischoffs Dr. Lübe ausgezeichnet werden. Die Einweihung selbst wird der Pfarrer des Diakonissenhauses Dr. Kolbe vollziehen.

* [Feuer.] Gestern Abend gegen 8½ Uhr wurde die Feuerwehr zur Löschung eines unbedeutenden Schornsteinbrandes nach dem Hause Jopengasse 42 gerufen. Kurz nach 1½ Uhr Nachts geriet in dem Hause Kehrwiedergasse 3 die in der Nähe des Schornsteins gelegene Verschaltung in Brand. Als die Feuerwehr vor Stelle kam, hatte das Feuer bereits die Bodendecke ergriffen, doch wurde dasselbe bald unterbrückt.

* [Messer-Assassin.] Der Arbeiter Johann J. wurde am Montag Nachmittag auf der Werksgasse von zwei Arbeitern übersallen, wobei er einen Messerstich in den Kopf und einen zweiten in die linke Seite erhielt. Heute wurde der schon mehrfach vorbestrafte jugendliche Arbeiter August B. aus Schmidts als Täter ermittelt und verhaftet. — Der Arbeiter Karl C. veruntreute mit einem Messer gestern Mittag den Arbeiter R. auf einem Holzfelde in der Hopfen-gasse mehrfach am linken Unterarm. C. wurde ebenfalls verhaftet.

* [Schwurgericht.] In der heutigen Sitzung hatten sich der Anwalt August Kowalewski aus Demminse wegen Meineides und der Altkirche Ignaz v. Capieleski aus Gessonen (Kreis Carlsbad) wegen Verleitung zum Meineide zu verantworten. Die Tochter des Capieleski, welche mit dem Besitzer Wojewodka verheirathet war, lebte mit ihrem Manne in unglücklicher Ehe und hatte die Scheidungsklage gegen denselben angestrengt. Der Prozeß fiel zu ihren Gunsten aus, nachdem am 23. September v. J. vor dem Amtsgericht in Neustadt Kowalewski durch sein ehdliches Zeugniß bekundet hatte, daß Wojewodka sich eines Ehebruches schuldig gemacht habe. Später machte jedoch Kowalewski freimüthig die Angabe, sein damals abgegebene Zeugniß sei falsch gewesen und er sei von dem Capieleski durch das Versprechen von 20 Mk. zu seiner Aussicht veranlaßt worden. In der heutigen Verhandlung blieb Kowalewski bei seinem Geständniß, während Capieleski seine Schuld in Abrede stellte und den Beweis zu führen suchte, daß die von Kowalewski gemachten Angaben unglaublich und unwahr seien. Die Verhandlung, bei welcher 29 zum großen Theil polnisch sprechende Zeugen zu vernehmen sind, wird voraussichtlich bis zum Abend dauern.)

* [Strafammer.] Eine Gefälligkeit gegen einen früheren Nachbarn hatte dem ehemaligen Gutsbesitzer Oscar Hemelke von hier eine Anklage wegen Beteiligung des Landrats Dr. Albrecht in Putzig eingereicht. Gänmitliche Schriftstücke hatte auf seine Bitte Hemelke angefertigt, dieselben in seinem Namen unterschrieben und weiter befördert, ohne daß der Antragsteller Kenntniß von dem Inhalte derselben gehabt. In dem an das Landratsamt gerichteten Anschreiben sowie in dem Recurse war eine Kritik der Einschätzungsweise des Landrats enthalten, in welcher dieser eine Beteiligung erblieb. Der Angeklagte erklärt heute, er sei zu der energischen Form seines Anschreibens durch den Umstand veranlaßt worden, daß nach seiner Erfahrung die Reklamationsgejüche vielfach burokratisch und oberflächlich behandelt würden. Er habe damit nur eine genaue und gründliche Untersuchung des Falles veranlassen wollen, und habe auch den Erfolg erzielt, daß die Steuer in der That herabgesetzt worden sei. Der Gerichtshof nahm jedoch an, daß aus den Schriftstücken unzweifelhaft die Absicht hervorgehe, das Landratsamt zu beleidigen. Es wurde daher auf eine Geldstrafe von 100 Mk. erkannt.

[Polizeibericht vom 8. Mai.] Verhaftet: 1 Schneider wegen Unterschlagung, 1 Mädchen wegen Kindermordes, 1 Arbeiter wegen Körperverletzung mit einem Messer, 1 Arbeiter wegen Sittlichkeitsverbrechens, 6 Obdachlose, 1 betrunken Frau, 1 Dirne. — Gestohlen: 1 silberne Remontoruhrr, 1 goldene Uhrkette, 1 Siegelring, 1 golden Ring, 1 silberne Remontoruhrr und 124 Mk., 1 Portemonnaie mit 14 Mk. — Gefunden: 1 silbernes Armband (Kette mit Augel); abzuholen von der Polizeidirektion.

wr. Putzig, 7. Mai. [Helaer Moniter-Prozeß.] Die Zeugenvernehmungen wurden heute fortgesetzt. Hofbesitzer Terlinski-Großendorf wurde durch die Aussagen des Gaffwirths Dr. Döbeling entlastet, daß der Staatsanwalt ihn entlassen konnte und seine Freisprechung beantragen will. Der als Zeuge erschienene erste Staatsanwalt Herr Weischer hält die in den Anklage abgegebenen Auslagen aufrecht. Der bei der Haushaltung zugegen gewesene Wachtmeister Domnick sagt aus, daß er das dem Staatsanwalt angegebene Weizenquantum in mehreren Fällen nur nach einigen auf der Erde befindlichen Resten abgeschätzt habe. — Günstig für die Angeklagten sind die Auslagen des Amtsverwalters Piephorn, während die des Oberkontrolleurs belastend sind. Er behauptet, daß die in den Böten zurückgebliebenen, mit Sand und Wasser vermischten Weizenreste größer gewesen sind, als die Angeklagten angeben, daß ferner mehrere beim Bergen beschäftigte Leute mit den beladenen Böten nicht ans Land, sondern in die See hinausgefahren seien, er hat auch einige Leute beim Stehlen des schon geborgenen Weizens betroffen. Die als Zeugen geladenen Straßvölker sagen aus, daß sie den Leuten die Weizensreste aus den Böten zu nehmen nicht erlaubt, aber auch nicht verboten haben; daß sie auch sämtlichen an Land gebrachten Weizen nicht für zollpflichtig halten, welche Meinung auch wohl von den Angeklagten getheilt sei. Die Zeugenvernehmungen werden morgen beendet.

[Berichtigung.] In dem gestrigen Theaterbericht sind zwei arg den Sinn entstellende Druckfehler vorgekommen. Wir hattten das Charakterbild, das Frau v. Moser von der älteren Leonore gegeben, nicht „ein sehr apartes“, sondern „ein sehr elegantes, sehr komisches“ genannt. Noch schlüssiger aber ist der zweite Druckfehler, welcher uns sehr gegen unseren Willen sagen läßt, daß Paul Lindau nur ausnahmsweise „moralisch“ schreibe. Eine solche Verdächtigung

Elbing, 7. Mai. Der für Rechnung der russischen Regierung auf der Schichau'schen Werft fertiggestellte doppelschraubige Torpedokreuzer „Adler“ hat nach der „Alpr. Ztg.“ bei seiner gestrigen Probefahrt eine Maximalgeschwindigkeit von 27,4 Knoten, also fast sieben deutschen Meilen, erreicht.

Gollub, 6. Mai. In der vorletzten Nacht brannte auf dem Gute Obizkau eine Instalation nieder, und leider fanden dabei mehrere Menschen ihren Tod. Ein Schepa hatte am Sonnabend Niederaufzüge ausgerichtet. Durch den Feuerlärm aus dem tiefschwarzen Schlummer herausgerissen, konnte die noch sehr schwache Mutter sich selbst und ihr achtjähriges Kind den hochlobenden Flammen entreißen. Der Mann, welcher mit der Rettung der Habseligkeiten beschäftigt war, gewährte zu seinem Schrecken, daß noch seine beiden anderen Kinder im brennenden Hause im Schlafe lagen, er stürzte hinein, entriss die Kinder dem Schlummer, kam mit ihnen aber nicht mehr ins Freie; das Dach stürzte zusammen und Vater und Kinder fanden in den Flammen ihren Tod. Die unglückliche Mutter soll irrefftig geworden sein.

y Thorn, 7. Mai. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, die Genehmigung der Aussichtsbehörden zur Aufnahme einer Anleihe aus der städtischen Sparkasse in Höhe von 260 000 Mk. nachzuholen. Durch dieselbe sollen die Mittel zum Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses und der Elementarschule auf der Bromberger Vorstadt und zum Neubau einer Knabenvolksschule in der Stadt beschafft werden.

Thorn, 8. Mai. (Privattelegramm.) Besuchsstunden. Wetter stand heute Vormittag die Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. am südlichen Portal der Eisenbahnbrücke neben dem Standbild Friedrichs des Großen statt. Ein prächtiger Festzug bewegte sich nach 10 Uhr Vorm. vom Rathause aus durch die festgelegten Straßen zur Eisenbahnbrücke. Vor dem südöstlichen Pfeiler, der das Denkmal trägt, stellte sich derselbe auf, voran die auswärtigen Gäste, unter ihnen der commandirende General Lenz, Oberpräsident v. Leipzig, Regierungspräsident v. Massenbach. Der Präsident der Eisenbahndirection zu Bromberg Herr Pape hielt die Festrede. General Lenz gab dann das Zeichen zur Enthüllung und brachte ein Hoch auf Kaiser Wilhelm II. aus, während die Geschütze dröhnten. Der ganze Festzug und die gesammte Garnison marschierte nun beim Denkmal vorbei. Nachmittags folgt ein Festessen.

Königsberg, 7. Mai. Zu den Kaiserfestlichkeiten melden die hiesigen Blätter: Heute ist von Berlin die telegraphische Ordre eingegangen, 13 Hufeissequipagen mit Befpannung und 36 Dienern unterzubringen. An dem Fackelzuge, welcher dem Kaiserpaar am Mittwoch Abend von der „Albertina“ vorgebracht wird, werden sich ca. 600 Zivildirekteure beteiligen. Am Himmelfahrtstage wird Abends 9 Uhr ferner ein großer militärischer Zapfenstreich stattfinden. Die Kaiserin hat einen Empfang der Vertreter der Zweigvereine des Vaterländischen Frauenvereins der Provinz Ostpreußen dankend abgelehnt. Von Seiten der Kunst-Akademie wird während der Kaiserfahrt vor dem Denkmal des Oberpräsidenten v. Schoen eine Rosossalgruppe — die Huldigung der Stadt Königsberg darstellend — aufgestellt werden.

Goldey, 6. Mai. Am Sonntag Nachmittag zog ein starkes Gewitter mit Hagel über den südlichen Theil unseres Kreises und hat auf mehreren Stellen ganz bedeutende Schäden in den Feldern angerichtet. In der Ortschaft Pieträchen sind die Roggen- und Weizenfelder total verhegelt.

■ Bromberg, 7. Mai. Durch Cabinetsordre haben in den Kreisen Gnesen, Wongromitz, Strelitz und Moltkewo eine Anzahl polnischer Dörfer bei selbstständiger Gutsverhältnisse anstatt ihrer ursprünglichen und bisherigen polnischen deutsche Ortsnamen erhalten. So heißt beispielsweise Modliborzyce von jetzt ab „Deutschwalde“, Jaroszow, Jaroszau, Przybrodzin „Jasne“ u. s. w.

— Das neue Schlachthaus für unsere Stadt wird am 1. Juli d. J. eröffnet werden. Die Baulichkeiten sind bereits fertiggestellt. Die Anlage wird sowohl Gas- wie elektrische Beleuchtung erhalten.

Gnesen, 6. Mai. Gestern früh wurde hier ein Soldat vom Eisenbahnzuge überfahren und sofort gefördert.

Stadt-Theater.

* In sehr gelungener, mit großer Heiterkeit aufgenommener Darstellung ging gestern Moers „Stiftungsfest“ in Scene. Alle Rollen hatten entsprechende Bekleidung gefunden und auch die kleineren Partien kamen zur vollen Geltung. Frau v. Moser (Bertha) bewies aufs neue ihre Dienstfertigkeit. Hier war nichts von den Weltdamen zu merken, die sie uns an den vorhergehenden Abenden vorgeführt hatte. Sie war eine schlicht bürgerliche junge Frau, ein wenig kindlich in ihrem Dorn, aber zugleich sehr liebenswürdig und drollig in ihrem Schmerz um nichts. Frau v. Moser giebt ihre Frauengestalten so vollkommen einheitlich, daß sie ganz den Eindruck des wirklichen Lebens machen. Gehr hübsch war das Zusammenspiel der Frau v. Moser in den ehelichen Scenen mit Hrn. Voigt (Schefler), der auch sonst gewandt und mit Humor seinen Part durchführte. Das alte Ehepaar, der behäbige und gemüthliche Commerzienrat Bohau und seine die ehelichen Zügel führende Frau hatten in Herrn Gotta und Fräul. v. Kannée vorzügliche Vertretung; ebenso empfahl sich das junge Paar Ludmilla — Fr. Liebig und Dr. Steinkirch — Hr. Telchmann durch hübsches Spiel. In der Partie Hartwig erregte Hr. Kauer viel Heiterkeit; mit staunenreger Jungfernheit und großer Lebendigkeit entledigte er sich dieser Aufgabe und war namentlich sehr discret in der Belebung des Geckenhaften, ohne welches diese Gestalt nicht zu denken ist. Die derb komischen Rollen des Jefforders Brimborius und des Vereinsdiener Schnake, welche von den Herren Fuchs und Linke entsprechend gegeben wurden, erregten großes Ergötz; namentlich erheiterte Herr Linke durch seinen unerschöpflichen Redeschluß.

Dem „Stiftungsfest“ voraus ging eine Wiederholung des Lustspiels „Die Jugendliebe“, welches wieder in der trefflichen Darstellung des Fräul. Marion als Adelheid, die auf das Beste von den Damen Liebig Mutter und Tochter (Frau v. Rosen und Bettin) und den Herren Kauer (v. Bruk) und Telchmann (Roller) unterstützt wurde, großen Beifall fand.

[Berichtigung.] In dem gestrigen Theaterbericht sind zwei arg den Sinn entstellende Druckfehler vorgekommen. Wir hattten das Charakterbild, das Frau v. Moser von der älteren Leonore gegeben, nicht „ein sehr apartes“, sondern „ein sehr elegantes, sehr komisches“ genannt. Noch schlüssiger aber ist der zweite Druckfehler, welcher uns sehr gegen unseren Willen sagen läßt, daß Paul Lindau nur ausnahmsweise „moralisch“ schreibe. Eine solche Verdächtigung

dieses Schriftstellers liegt uns natürlich sehr fern. Wir haben geschrieben, Lindau habe in der Schlussscene des 1. und 2. Aktes zeigen wollen, „daß er auch realistisch zu schreiben versteht“.

Landwirtschaftliches.

Berlin, 7. Mai. Die 16. Berliner Märtvh-Ausstellung ist heute eröffnet worden. Die Ausstellung ist wieder als eine wohlgefundene zu bezeichnen, wenn sie auch dem Umfang nach gegen die Schau des Vorjahrs zurücktritt. Dieser Rückgang ist nun schon seit Jahren ein stetiger und vermehrt naturgemäß die Zahl der, welche Ausstellungen in größeren zeitlichen Zwischenräumen das Wort reden. In diesem Jahre ist besonders die Abnahme der Zahl der Aussteller eine bemerkenswerthe. Während die Schau des Jahres 1887 102 der vorjährigen Aussteller auf eine Befreiung der diesjährigen Schau verzichtet haben, 79 der Aussteller erschienen in diesem Jahre neu. Besonders freudig wird die Beteiligung des schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Generalvereins begrüßt, der 26 Nummern Kindvh angemeldet hat. In den letzten Jahren war Schleswig-Holstein überhaupt nicht vertreten gewesen. Neu ist auch die Vertretung des Königreichs Sachsen durch 2 Aussteller. Die Zahl der Annahmen beläuft sich in diesem Jahre auf nur 627 gegen 651 in 1888, 889 in 1889, 905 in 1890, die Zahl der ausgestellten Thiere beträgt 992 gegen 1056 in 1888, 1351 in 1889 und 1205 in 1890. Am wenigsten merkbar ist der numerische Rückgang bei dem Kindvh; es sind in diesem Jahre davon 422 ausge stellt gegen 425 im Vorjahr und 625 in 1888, wo freilich allein Pommern fast 100 Stück mehr vorführte als in diesem Jahre. Bemerkenswerth ist das Hervortreten der Hochlandrassen gegenüber den Niederungstieren: eine Thatsache, die im Interesse der Landwirtschaft nur zu begrüßen ist. Die Hochlandrassen sind von kräftigerer Constitution und bei weitem nicht so leicht der jetzt so verhängnisvollen Tuberkulose ausgesetzt, wie die einseitig auf Milchertrag gezüchteten, in der Figur vielfach vernachlässigten Holländer. Die Abteilung der Schafe ist von 85 Nummern in 1889 auf 69 Nummern zurückgegangen. Die Abteilung „Schweine“ verkleinert sich immer mehr. Noch im Jahre 1887 zählten wir 264 Loste, die diesjährige Schau enthält deren nur 116.

Bermischte Nachrichten.

London, 7. Mai. Der Ingenieur James Nasmyth, der Erfinder des Dampfhammers und der Dampfmaschine, ist heute im Alter von 92 Jahren gestorben.

Schiffsnachrichten.

* Danzig, 7. Mai. Die hiesige Bark „Elise Linck“ (Capt. Falck) ist heute von Port Louis (Guadeloupe) in Wilmington (N.-C.) angekommen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. Mai.

	Cr. v. 7.	Cr. v. 7.
Weizen, gelb	2 Orient.-A.	71,20 71,00
Mai 202,70	200,25	4% russ. A. 80
Sept.-Okt. 187,00	187,50	Lombard.
Roggen		53,20 57,20
Mai 166,70	168,50	Trapani.
Sept.-Okt. 153,50	154,00	Treb.-Actien
Petroleum		162,10 161,20
per 200 t	23,40	Disc.-Com.
Loco	23,40	219,20 217,20
Rüben		184,00 182,50
Mai 73,80	72,70	Laurettäfte.
Sept.-Okt. 58,60	58,30	Deitr. Noten
Mais		141,75 140,50
Mai 34,00	34,10	Rußl. Noten
Aug.-Sept. 35,00	35,00	Rußl. Noten
4% Reichs-A.	106,80	Dansk. Privat.
3½% Confols	101,40	Bank.
3½% Confols	106,50	D. Delmühle
3½% Confols	101,60	do. Prior.
Pflanze	99,10	Blanc. C. B.
5% ital. g. Pr.	57,70	Blanc. C. B.
5% rm. C. R.	99,00	Blanc. C. B.
12% 4% Gbr.	88,90	London lang
		London kurz
		20,355 20,365
		20,265 20,27
		Fondsbörse: fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notierungen am 8. Mai.
Weizen loco ruhig, per Tonnen von 1000 Kilogr.

feingefüllt 126—136 t. 153—195 M. Br.

hochbunt 126—134 t. 151—195 M. Br.

Nächste Ziehung schon 12. Mai cr.

Schlossfreiheit-Geld-Lotterie.

Im Gewinnrade befinden sich 8526 Gewinne mit
20 Millionen und 200 000 Mark baar.

Haupttreffer 600 000, 2 × 500 000, 2 × 400 000, 4 × 300 000 etc. Mk.
Hierzu empfehlen Original-Loose 1 M. 92, 1 M. 46, 1 M. 23, 1 M. 11, 2
und versenden Erneuerungspreise am 9. Juni cr. je 1/1 Mk. 36 1/2 Mk. 18 1/4 Mk. 9 1/8 Mk. 4,50.
Zur Ziehung am 7. Juli cr. je 1/1 - 72 1/2 - 36 1/4 - 18 1/8 - 3,-.
Gleichzeitig empfehlen wir von uns ausgestellte (Originals hieron) in unserem Besitz
Antheile: gültig für sämtliche Ziehungen, für welche wir im Gewinnfalle
die im Voraus bezahlte Einlage zurückvergüteten.

1/1 1/2 1/4 1/5 1/8 1/10 1/20 1/40 1/80

zu Mk. 200.- 100.- 50.- 40.- 25.- 20.- 10 1/2 5 1/2 3.-

Sämtliche Bestellungen erbitzen nur per Postanweisungen und ist Be-
stellung, sowie Adresse genau auf dem Coupon derselben zu vermerken. Jeder Be-
stellung sind für Porto 10 Pf. — Einschreiben 30 Pf. — für jede Liste 30 Pf. extra bei-
zufügen.

(3880)

Oscar Bräuer & Co., Bankgeschäft,
Berlin W., Leipziger-
strasse 103.

Reichsbank-Giro-Conto. — Telephon-Amt I, 7295.
Telegramm-Adr.: Lotteriebräuer, Berlin.

Neue Synagoge.

Gottesdienst:

Freitag, 9. Mai Abends 7 1/2 Uhr,
Gonnabend, 10. Mai Vorm. 9
Uhr. (4584)

Die Geburt eines Sohnes zeigen
Hans Goedel und Frau Anna,
geb. Eichert. (4580)

Joppot, den 7. Mai 1890.

Die Verlobung ihrer Tochter Gertrud mit dem Kaufmann Herrn Max Dohler.
Hierüber beehren sich ergeben anzuzeigen
Danzig, im Mai 1890
Herrn Schulz und Frau Elise, geb. Potrykus.

Gertrud Schulz,
Max Dohler,
Verlobte. (4577)

Auction

im Geschäftslokale,
Schniedegasse 9.
Gonnabend, den 9. Mai cr.
Mittags 12 Uhr, werden aus
verschiedenen Iwangs-Vollstreichen

1. Goya und 2 Fauteuils mit
Blüschbezug, 1 mahag. 2 Stühle,
Kleiderspind, 2 mah. Bett-
kows, 1 Wäschespind, 1 birk.
Schreiberecetrat, 1 mah. Speise-
tisch, 1 pol. Spiegel, 1 mah.
Sochtisch, 6 mah. hochleh.
Rohrstühle, 1 Weiterspiegel
in mah. Rahmen mit Mar-
morconole, 2 Gähltische in
Rahmen, 1 Regulator und 1
Hafermantel öffentlich an den Meistbietenden
gegen sofortige baare Zahlung
versteigern.

Die vorherige Besichtigung
des eleganten Mobiliars ist
gestattet. (4605)

Güther,
Gerichtsvollzieher,
Vomig. Schniedegasse Nr. 9.

Auction

Villa Hochwasser.

In der morgen, den 9. stat-
findenden Auction werden fol-
gende Sachen vom Verkauf

ausgeschlossen:

Die Rückenschränke, Tische u.
Stühle, Ziehangel, Bänke, diu.
hausgeräth, eis. Gartentü-
stühle und Bänke, Garten-
tisch, Pferd, Milchkuh, Puten,
Hühner, Tauben, sämtliche
Wagen, Ringelwagen,
Getreibereinigungs-Maschine,
Pflüge, Egen, Pferdegeschiirr
und Sattelutensilien.

(4590) H. Zenke.

Dessentliche

Mobiliar-Auction

im Bildungvereinshause, Hinter-
gasse 16, Freitag, den 9. Mai,
Vormittags von 10 Uhr ab,
versteigere ich verschiedene Möbel,
Näheres im Intelligenz-Blatt,
wohl höchst einfache.

Eduard v. Glazewski,

Auctionator. (4495)

Kureau Härtnergasse 6 parterre



Dampfer Neptune und Montray
haben bis Sonnabend Abend in
der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Neve, Kürzegasse
Neuenburg, Grauden, Culm,
Schweid, Bromberg, Montw.
Thorn, Ankunft der Güter in
Thorn Dienstag, den 13. Mai.

Gütermeldungen erbitzt

Ferdinand Arahn,
Schäferstr. 18. (4571)

Original-Loose und Anteil-
scheine der Schlossfreiheit-
Lotterie, III. Klasse, ziehung
12. Mai cr. zu verschiedenen
Preisen.

Marienburger Geld-Lotterie,
Hauptgewinn: M. 90 000, Lose
a. M. 3.

Königsberger Werde-Lotterie,
Ziehung 14. Mai cr. Lose a.
M. 3. (4514)

Löse der Weimarschen Aus-
stellungs-Lotterie a. M. bei
Th. Berling, Gerbergasse 2.

Schön- &

Schnellschrift-

Unterricht ertheilt Herren u. Damen
unter Garantie des Erfolges

A. Graecke,
Kaufoos 2, II. Scappon.

Holmer Spargel

sind täglich frisch zu Tagespreisen
bei Herrn Carl Höhn, Vorst.
Graben 45, Ecke Melzergasse und
Herrn Schipanski, Schwarzes
Gr. Berghasse 8 zu haben.

(4489) Gensow.

Ia. Tafelbutter

a. Pfd. 1,20 und 1,10 empfiehlt

C. Bonnet, Melzergasse 1.

Sommersprossenwasser,

Sommersprossenseife

empfiehlt

Hans Opik,

Draguerie, Gr. Rümergasse 6. (4595)

Beste englische und schlesische

Steinkohlen

für den Haushold, sowie

trockenes Fichten- u. Buchen-
Abeln- und Sparherbholz,

offerirt zu billigen Preisen

A. Encke,

Burgstraße Nr. 89, früher

Rud. Lückett. (2004)

Nach Sela.

Bei günstiger Witterung D. "Duhig" Sonntag, 11. d. Mts.
Abfahrt von Danzig 1 Uhr Mittags vom Johannisthore (An-
legen Neufahrwasser die Provinzen).

Abfahrt von Sela 6 Uhr Abends.

(4567) Passagiergeb. Danzig. (Neufahrwasser) Sela und zurück, M. 1

„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt und
Geebad Actien-Gesellschaft.

Emil Beren.

Gonderfahrten von Stettin
und Copenhagen

nach dem Nordcap.

Bei genügender Belebung wird der neue höchst elegante,
mit vielen Aufzügen und elektrischem Lichte versehene schnellschaffende

Dampfer „Ridars“ zwei Touren machen und zwar:

I. von Stettin 15. Juni, von Copenhagen 18. Juni.

II. von Stettin 15. Juli, von Copenhagen 18. Juli.

Von Danzig nach Stettin und Copenhagen per Dampfer je

eine Expedition wöchentlich.

Das Einschreiben zur ersten Tour schließt am 15. Mai, zur

weiteren am 1. Juni und zum Einschreiben M. 225 vorstarkt

Weitere Auskunft ertheilt

F. G. Reinhold,

Danzig.

Tricot-Taillen und Blousen,

größte Auswahl zu billigen Preisen.

W. J. Hallauer, Langgasse 36 u. Fischmarkt 29.

Herrenstiefel

in englischer, französischer und deutscher Façon,
vorzüglicher Packform, aus bestem Kalbleder,

Rosleder und Chevrauleder,

Preise äußerst solide und fest, empfiehlt

J. Willdorff, Kürschnergasse Nr. 9.

Nieselsfelder

Goth. Cervelatwurst,

in vorzüglicher Qualität,

Ia. Elb-Caviar,

rheinischen Stangenspargel

empfiehlt

Mag. Lindenblatt,

heilige Geitgasse 13.

(Empf. d. fein. neu. Caviar M. 1,80

M. tgl. frisch aus d. Rauch,

große Hälfte Räucherlachs, auch

einige Ränder, Preis billig.

Lachmann, Kohlsgasse 25.

Für Einjährige.

Ein freundl. gut möbl. Boder-
zimmer auf Wunsch mit Be-
förderung sofort zu vermieten.

Näheres Fleischergasse 9. part.

T. E. Gossing,

Jopen- u. Portechaisengasse 14.

N. S. Auswärtige Aufträge wer-
den bei rechtzeitiger Bestellung

prompt effectuert.

Ia. Pumpernickel,

a. Pfd. 35 8. empfiehlt

C. Bonnet, Melzergasse 1.

Stangen-
Spargel,

täglich frisch, von heute ab,

1. Gorte 60 Pfg.,

2. Gorte 40 Pfg.,

a. Pfund, empfiehlt die Niederlage von

J. G. Gossing,

Jopen- u. Portechaisengasse 14.

N. S. Auswärtige Aufträge wer-
den bei rechtzeitiger Bestellung

prompt effectuert.

Ia. Tafelbutter

a. Pfd. 1,20 und 1,10 empfiehlt

C. Bonnet, Melzergasse 1.

Sommersprossenwasser,

Sommersprossenseife

empfiehlt

Hans Opik,

Draguerie, Gr. Rümergasse 6. (4595)

Beste englische und schlesische

Steinkohlen

für den Haushold, sowie

trockenes Fichten- u. Buchen-
Abeln- und Sparherbholz,

offerirt zu billigen Preisen

A. Encke,

Burgstraße Nr. 89, früher

Rud. Lückett. (2004)

Sommerprossenwasser,

Sommerprossenseife

empfiehlt

Hans Opik,

Draguerie, Gr. Rümergasse 6. (4595)

Beste englische und schlesische

Steinkohlen

für den Haushold, sowie

trockenes Fichten- u. Buchen